

# Der Zürcher

Wochenzeitung für den Mittelstand • Publikationsorgan der Schweizerischen Vo

## Der missbrauchte Sozialstaat

# Falsch verstandener Datenschutz

Die rasant steigende Anzahl an Sozialhilfeempfängern betrifft nicht nur die grossen Städte Zürich und Basel. In der ganzen Eidgenossenschaft ist der explosionsartige Anstieg von Bezüchern und Kosten erkennbar.

Als Finanzverwalter einer Zürcher Gemeinde befasse ich mich zwangsläufig und vermehrt mit dem Vollzug sozialer Aufgaben. Weil die materielle Hilfe für Fürsorgeabhängige wie andere Sozialwerke aufgrund der extrem hohen Zahl Bezüger nach dem Giesskannenprinzip ausgerichtet wird, grassiert der direkte und indirekte Missbrauch. In den Siebzigerjahren sind über 75 Prozent der Ausländer aus Südeuropa aus Arbeitsgründen immigriert. Heute sind es noch 40 Prozent. Mehr als die Hälfte der Zuwanderer sucht auf dem direkten Weg den Sozialstaat auf. Pikant an unseren Giesskannensystemen ist zum Beispiel die Tatsache, dass selbst illegal anwesende Ausländerinnen und Ausländer, gesuchte Straftäter und sonstige renitente Personen automatisch AHV-versichert sind und von der Grundversorgung der Krankenkasse profitieren. Personen, die nie einen Franken verdient – geschweige denn versteuert – haben und 15 Jahre illegal in der Schweiz leben und das 65. Altersjahr erreichen, kommen in den Genuss von AHV-Leis-



Kantonsrat Claudio Schmid  
Bülach

administrativ macht diese Regionalisierung Sinn. So sind im Kanton Zürich 26 Zivilstandsämter seit drei Jahren damit beauftragt, Ehen rechtsgültig zu verbinden. Die Aufgabe dieser Zivilstandsbehörden umfasst die saubere Prüfung der Identität. Nur bei Vorliegen korrekter Papiere kommt es

haft ist jedoch die Tatsache, dass nach fünf Jahren plötzlich fünf Kinder und zwei Eltern des Bräutigams mittels Familiennachzug in die Schweiz einreisen. Selbst wenn die schweizerische Ehe nach dieser Zeit geschieden wird, sorgt das von uns finanzierte Sozialamt für sämtliche Lebensbereiche weiter.

Das Ziel, den Schweizer Pass und somit das Bürgerrecht zu erlangen, steht für viele Ausländer nicht im Vordergrund. Mit dem festen Wohnsitz sind bereits etliche Wünsche und Möglichkeiten gegeben, weshalb die Prüfung und Analyse solcher Personen nicht ausser Acht gelassen werden kann. Die aktuelle Diskussion über die Erteilung des Schweizer Bürgerrechts ist aus meiner Sicht weniger gravierend als die Tatsache, dass sämtlichen potentiellen Sozialhilfebezüchern, unabhängig der Berechtigung ihrer Anwesenheit, vom Staat grosszügig materiell und finanziell unter die Arme gegriffen wird.

Datenschutz im Kontext des

vom Di

in der Me

## Vorprog

- Musikali
- Begrüssu

## Traktand

1. Begrüssu
2. Parolenfä

## Kantona

- 2.1 Volks  
zur E  
des K  
Vorst  
Die F

## Kantona

- 2.2 Kred  
für 1

3. Nationall  
3.1 Refer

- 3.2 Kant  
Schu

tungen. Mit 63 darf jeder die Karten auf den Tisch legen und wird aus humanitären Gründen nicht ausgewiesen. Ist die Administration erledigt, zahlt der Kanton Zürich Ergänzungsleistungen, womit die Rechnung für den Ausländer aufgegangen ist. Kann es da noch verwundern, dass die Kosten der öffentlichen Hand so extrem hoch sind?

### Die Scheinehe

Seit der Bund, zuständig für die eidgenössische Gesetzgebung in Sachen Migration, Ausländerrecht und Asyl, die Schraube markant angezogen hat, vollzieht sich die Immigration immer öfter via Ehe-Verbindung. Findet jemand einen willigen Mann oder eine willige Frau, wird ein Barbetrag bezahlt und dann geheiratet. Mit der Heirat erlangen Ausländerinnen und Ausländer am einfachsten das Aufenthaltsrecht. Geheiratet wird nur noch in regionalen autonomen Zentren, die fachlich den Kantonen unterstellt sind. Rein

„ Mehr als die Hälfte der Zuwanderer sucht auf dem direkten Weg den Sozialstaat auf. “

zum Eheschluss. Die Stellen sind daher befugt, zusätzliche Abklärungen zu tätigen.

Die Vermutung, dass immer mehr Ausländerinnen und Ausländer unser System missbrauchen, liegt nahe. Die Erfahrung zeigt, dass Immigranten aus afrikanischen Staaten wie auch

aus Mittel- und Südamerika tatsächlich vorwiegend ökonomische Gründe als Hauptmotiv haben. Problematischer sind Personen aus Südosteuropa und dem Nahen Osten. Aus diesen Regionen kommen Personen, die teilweise sehr gewalttätig und kriminell sind oder Personen, die durch ihr Verständnis zu Recht und Ordnung in unserer Demokratie die Integration verweigern und unsere Gastfreundschaft mit Füßen treten.

Selbstverständlich ist rechtlich – und wohl auch moralisch – nichts zu machen, wenn ein 25-jähriger Nigerianer oder Kosovare eine 75-jährige Schweizer Witwe heiraten will. Doch auch er bekommt den Pass nach fünf Jahren. Äusserst stossend und für unsere Sozialwerke schmerz-

### Terrorismusexploration

Mit Schreiben vom 23. Mai 2005 wies das Gemeindeamt des Kantons Zürich die Zivilstandsämter an, die Zusammenarbeit mit den Polizeiorganen nur sehr restriktiv durchzuführen. Unter anderem wird im Schreiben den Angestellten der Zivilstandsämter mitgeteilt, dass sie sich bei Kooperation mit den Polizeibehörden der Amtsgeheimnisverletzung schuldig machen.

Es kommt häufig vor, dass viele Asylbewerber identifizierende Papiere nicht vorlegen wollen, um einer Ausschaffung zu entgehen, um in der Schweiz verbleiben zu können. Wenn es aber darum geht, eine Heirat zu beantragen, dann haben sie diese Papiere rasch zur Hand. Vielfach handelt es sich dabei um Scheinehen, um doch noch zu einem

Aufenthaltsstapel zu kommen. Solche Fälle sollen nun von den Zivilstandsämtern dem Migrationsamt (vormals Fremdenpolizei) nicht mehr gemeldet werden dürfen. Das Gleiche gilt offenbar auch für ande-

„ Sozialbetrüger profitieren vom Schutz durch die Direktion Notter. “

Mit freundlichen Grüssen  
Schweizerische Volkspartei  
des Kantons Zürich  
Der Parteipräsident:  
Peter Good  
Der Sekretär:  
Claudio Zanetti



re, illegal anwesende Ausländer, welche sogar schon Straftaten begangen haben, deren angebliche Personalien und Fingerabdrücke bei der Polizei erfasst sind oder gar im Fahndungssystem (RIPOL) eingeschrieben sind. Gemäss dem erwähnten Schreiben dürfen die Zivilstandsämter die Polizei nicht von sich aus informieren, wenn sie Kenntnis von solchen Fällen erhalten.

### Widerspruch zum Bundesrecht

Auch im Hinblick auf die Thematik des internationalen Terrorismus darf nicht vergessen werden, dass

Scheinehen mit Schweizerinnen oder Schweizern zu einem Aufenthaltsrecht nicht nur in der Schweiz, sondern auch bald im ganzen Schengen-Raum führen werden. Der gegenseitigen Unterstützung von Amtsstellen durch einen funktionierenden Informationsfluss kommt dabei grosse Bedeutung zu und sollte, selbst mit Rücksicht auf den Datenschutz, gewährleistet werden. So gilt z.B. für die Polizei und Gerichte die folgende Regelung, welche die Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAV) in Art. 15 unter der Marginalie «behördliche Anzeigepflicht» festhält:

Fortsetzung auf Seite 2

## INHALTSVERZEICHNIS

Es braucht eine Neuordnung der Alterspflege	2
Gemeinplätze und Selbstverständlichkeiten zur Asylpolitik	3
Zwischen Status quo und Verdoppelung der Kinderabzüge	4
Ja zur Schweiz – Nein zur Personenfreizügigkeit	5
Jugend ohne Zukunft	6
Flohmarkt	7
Veranstaltungen	8

## Geballte Kritik

Die Ausgabe des «Tages-Anzeigers» von Mittwoch, 17. August, lohnt eine genauere Betrachtung aus dem Blickwinkel der SVP.

Auf der Titelseite findet sich eine Karikatur von Bundesrat Christoph Blocher und ein Artikel, wonach dessen Justizdepartement nach Meinung des Zürcher Polizeidirektors Ruedi Jeker «seine Hausaufgaben nicht erledigt». Im Inneren des Blattes wird dieses Thema noch einmal aufgegriffen. (Dabei vertritt der Tagi, nebenbei bemerkt, in Sachen Asylpolitik Auffassungen, für die er, wenn sie von SVP-Politikerinnen oder -Politikern vertreten

mal «den Grind abgerissen» hat.) Im Inland-Teil ist die SVP auf einer weiteren halben Seite Thema. Hier geht es darum, dass sich «die Wirtschaft» (angeblich?) von der SVP nicht mehr vertreten fühle.

Im Bund «Kanton Zürich» schliesslich kommt SVP-Präsident Peter Good «zur Kasse», weil er angeblich nur dort sparen wolle, wo seine persönlichen Interessen nicht tangiert würden. Auslöser ist Goods Protest gegen die Aufhebung der Möglichkeit, Holz-Abtransporte aus dem Tösstal per Bahn abzuwickeln, durch die SBB. Ansprüche dieses geballten Kri-

ten wird manchem SVP-Fan die Galle hoch gekommen sein. Der Ärger sollte sich indessen in Grenzen halten.

Man führe sich dies noch einmal vor Augen: Insgesamt ungefähr zwei Tagi-Seiten an einem Tag nur gegen die SVP! Dies zeigt doch mehr als eindrücklich, wie ernst diese Partei genommen wird. So viel Aufmerksamkeit kann nur erheischen, wer den politischen Gegner unablässig und ganz gehörig nervös zu machen versteht.

Wie angebracht die geballte Kritik an Blocher, Good und der SVP als Partei ist, mag und kann ich nicht im Einzelfall kommentieren. Sicher ist nur eines: Wenn weiland Rita Fuhrer zu Zeiten, als auf eid-

genen Politik zuständig war, in Sachen Asylpolitik gegen den Bund gewettert hat, ist sie jeweiligen sehr schnell als «Hardlinerin» verschrien worden. Bei Herrn Jeker scheint die Toleranz sehr viel grösser zu sein.

Rita Fuhrer hat durch die Übernahme der Volkswirtschaftsdirektion Ruedi Jeker in Sachen Flughafen- bzw. Fluglärmpolitik, wo dieser hoffnungslos in der Sackgasse steckte, aus der Schusslinie genommen. Seither steht sie an seiner Stelle unter «Dauerbeschuss» von Vertretern der verschiedenen an den Flughafen angrenzenden Regionen. Sie wird sich freuen, wenn Jeker nun an ihrer Stelle den «Asyl-Hardliner» markiert und dafür, ganz anders als sie selber seiner-